

Biblich lehren · glauben · leben



Parlamentum Europaeum

Christ und Politik

Fakten und Schlussfolgerungen

Thomas Zimmermanns

Thomas Zimmermanns

Christ und Politik

Fakten und Schlussfolgerungen

Biblisch lehren · glauben · leben

Heft 7

Herausgeber:

Verein zur Stärkung des biblischen Glaubens e. V.

(Trägerverein der Quartalschrift „Aufblick und Ausblick“)

Pfarrer-Augenstein-Straße 25, 76534 Baden-Baden

Copyright 2019

1. Auflage 2019



Umschlagbild: EU

Umschlaggestaltung, Lektorat, Satz: Fritz Konrad, Lahr

Gesamtherstellung: Frick Onlinedruckerei, Krumbach

Inhalt

Vorbemerkung	5
Einleitung	8
Politische Erschütterungen	9
Geistliche Erschütterungen	14
Entwicklungen in Deutschland und der EU	17
Konsequenzen und Perspektiven für Christen	22
Verzicht auf politisches Engagement?	26
Unterstützung der AfD?	29
Unterstützung einer christlichen Kleinpartei?	31
Festhalten an Jesus Christus, an Gottes Wort!	34
Zusammenfassung und Ausblick	37
Nachwort des Herausgebers	38

Vorbemerkung

Es lohnt, sich mit den Aufgaben des Staates und den Geboten und Grundsätzen auseinanderzusetzen, die von der Bibel her nach dem Willen Gottes für Regierung, Gesetzgebung und Rechtsprechung gelten sowie mit dem Verhältnis der Gemeinde Jesu zum Staat. Der Verfasser beschäftigt sich seit über 25 Jahren mit der Haltung des einzelnen Gläubigen zur Politik. Er verfasste dazu eine Reihe von Ausarbeitungen.¹ Hier geht es ihm nicht in erster Linie um eine grundsätzliche Darstellung dieser Thematik, sondern um die politische Lage in Deutschland. Es mag fraglich erscheinen, ob und inwieweit Christen, die als deutsche Staatsbürger in Deutschland leben, sich heutzutage politisch betätigen können und sollen. Dabei geht es dem Verfasser im Wesentlichen um die Darstellung und Beurteilung der politischen Lage hinsichtlich ethischer und sonstiger Grundsatzfragen und weniger um Bereiche, die Ermessensfragen darstellen bzw. in denen es in erster Linie um Vernunft und Sachverstand geht. Die politische Entwicklung nicht nur in Deutschland, sondern auch der EU und ihrer Mitgliedsstaaten hat sich im Lauf der vergangenen Jahre so sehr beschleunigt und verändert, dass uns – auch im Hinblick auf die Wahlen zum EU-Parlament in 2019 – der Zeitpunkt einer Bestandsaufnahme gegeben erscheint.

Vorab einige persönliche Erinnerungen der Herausgeber an das Politikgeschehen bis Anfang der 1960er-Jahre: Im ersten deutschen Parlament war es keineswegs ungewöhnlich, dass parteienübergreifend Andachten und Gebetsgemeinschaften gehalten wurden. Der erste Bundeskanzler z. B. wusste noch in einer Wahlrede in Düsseldorf zu bekennen: „Europa ohne Jesus Christus hat keine Chance“.

¹ V. a. *Grundriss der politischen Ethik*, Verlag für Kultur und Wissenschaft, Bonn, 2. Aufl. 2004; *Rechtsstaat Bundesrepublik – wohin?*, ebd., 2. Aufl. 2004; *Demokratie aus christlicher Sicht*, ebd. 2008.

Auf die kritische Frage eines Journalisten zum Sinn großzügiger Zahlungen an Israel antwortete er kurzerhand: „Wer Israel segnet, wird gesegnet“. Der dritte Bundespräsident konnte vor einem Evangelischen Kirchentag erklären: „Die Herren dieser Welt kommen und gehen – unser Herr aber kommt!“ Gleichwohl hatte er als Justizminister dazu beigetragen, biblische Grundsätze aus dem Strafrecht zu entfernen.

Wenn wir heute maßgebliche Politiker durch Zuschriften an aktuelle Bezüge biblischer Werte erinnern, kann es sein, dass wir entweder mit nichtssagend-wohlklingenden Allgemeinplätzen abgespeist werden oder ganz ins Leere laufen. Von einem stellvertretenden Bundesparteivorsitzenden war in Klartext zu erfahren: „Ich verstehe die Bibel im historischen Kontext“. Und im Berliner Reichstagsgebäude findet sich „politisch korrekt“ an zentraler Position ein kleiner, multireligiöser Andachtsraum.

Wir fragen: „Wie verloren ist unser Volk, unser Land? Wann kehren wir um?“ Seit Jahrzehnten wird Sexualität mit Liebe und Geld mit Leben verwechselt. Nach „Indikation“ kann vorgeburtliches Leben gewählt oder getötet werden. Neuerdings sei „Ehe für alle“ staatstragend. Geht wirklich ichhaftes „Menschenrecht“ vor Gottesrecht?

Politik, Großkirchen und Medien meinen, z. B. Organentnahme sei unbedingt richtig, ja lebenswichtig – und der „Klimaschutz“ müsse den Planeten retten. Erst recht brauche es für eine „neue Weltordnung“ die Vermischung von Kulturen, Religionen und Nationen. Das schaffe Frieden und Wohlstand. Im Namen des digitalisierten Fortschritts wächst die allgemeine Verwirrung rasend – das „postfaktische“ Zeitalter ist erfunden, wo uns Lüge täglich neu als Wahrheit erklärt wird.

Wir fordern: „Lasst uns von ganzem Herzen bei DEM bleiben, der Gottes unverrückbare Schöpfungs- und Heilsordnung vollendet hat – bei dem lebendigen Gotteswort, unserem Herrn Jesus Christus. Der

spricht und es geschieht. Er führt seine Gemeinde, die kleine Herde, zur Vollzahl, bis ER kommt, in Macht und Herrlichkeit.“

Wir wünschen jedenfalls dem Leser ein fruchtbringendes Bewegen der folgenden Ausführungen – ganz unter Gottes Segen.

Baden-Baden, Juli 2019

Dr. Manfred Michael

Ortwin Blum

Einleitung

Als grundsätzliche Ausgangspunkte halte ich fest:

- Die Gemeinde Jesu besitzt als solche keinen politischen Auftrag, aber nach Jer. 29,7 soll Gottes Volk „der Stadt *Bestes* suchen“ (hebr. *shalom* = allumfassender Frieden).
- Der einzelne Gläubige – von besonderen Führungen Gottes abgesehen – auch in einer Demokratie hat zwar das Recht, nicht aber die Pflicht zu politischer Betätigung.
- Christliche Politik sollte auf die Durchsetzung der für Verfassung, Gesetzgebung und Rechtsprechung geltenden biblischen Grundsätze, Gebote und Ordnungen gerichtet sein.

Es mag sein, dass diese Ausgangspunkte bei Weitem nicht von allen Christen geteilt werden: So sind zahlreiche Christen der Überzeugung, dass politische Betätigung von Christen, in welcher Form auch immer, nicht dem Willen Gottes entspreche. Andere wiederum sind der Ansicht, dass jeder Christ verpflichtet sei, politisch zu handeln. Ebenso besteht unter den Befürwortern christlichen Engagements in der Politik keine Einigkeit über die Zielsetzungen und Vorgehensweisen. Auch was christlich ist, dazu gehen die Ansichten in der Parteienlandschaft weit auseinander. Diese Fragen, die dazu von Christen vertretenen Auffassungen und meine persönlichen Überzeugungen dazu habe ich in meinen o. g. Ausarbeitungen eingehend dargestellt.

Politische Erschütterungen

Das vielleicht bedeutendste politische Ereignis der zurückliegenden fünf Jahre in Europa ist zweifellos die Anweisung der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel von September 2015 an die grenzsichernden Organe. So ließen sie eine überraschend große Anzahl von Menschen, deren genaue Zahl umstritten ist, nach Deutschland einreisen. Dies geschah, obwohl die gesetzlichen Voraussetzungen einer Einreisebefugnis in den weitaus meisten Fällen nicht gegeben waren. Denn es handelte sich nicht um individuell Verfolgte im Sinne des Asylrechts. Nach dem Dublin-Abkommen wäre für die Durchführung eines Asylverfahrens der erste EU-Staat zuständig gewesen, in den die betreffenden Personen einreisten.

Zu einem Teil handelte es sich dabei um Menschen, die durch den Bürgerkrieg in Syrien betroffen waren. Im Zuge dieser Flüchtlingswelle sind seitdem wohl zwischen 1 und 1,5 Millionen Einwanderer nach Deutschland gekommen, von denen der größte Teil auch hier verblieben ist; der weitaus größte Teil der Einwanderer sind Muslime. Die Aufnahme einer so großen Anzahl von Menschen in kürzester Zeit brachte für viele Städte, Gemeinden und Landkreise große Probleme v. a. hinsichtlich der Beschaffung von Unterkünften und der sonstigen Versorgung mit sich.

Auch kam es vielfach zu gewalttätigen Übergriffen von radikalen Moslems auf christliche Flüchtlinge. Dennoch billigten die beiden großen Kirchen, so gut wie alle Medien und alle Parteien bis auf AfD und CSU diese Politik. Sie sei aus Gründen der „Barmherzigkeit“ und der „Nächstenliebe“, wie proklamiert wurde, oder auch zwecks Schaffung einer ethnischen und kulturellen Vielfalt richtig und geboten gewesen. Ein großer Teil der Bundesbürger war – und ist – damit jedoch so nicht einverstanden. Viele befürchteten eine Gefährdung der inneren Sicherheit durch einwandernde Terroristen und islamische Extremisten

sowie durch Kriminelle. Auch der Verlust der deutschen und christlich-abendländischen Identität wurde und wird befürchtet, ebenso eine Zunahme des Einflusses des Islams auf Gesellschaft und Kultur.

Ferner wurde Kritik wegen der – in ihrer Höhe ebenfalls umstrittenen, jedenfalls jährlich etliche Milliarden Euro betragenden – Kosten, die der Bundesrepublik durch die Aufnahme der Flüchtlinge entstanden und auf längere Sicht entstehen. Nicht zuletzt bezweifelten viele, ob sich die Einwanderer in die deutsche Gesellschaft sprachlich und kulturell integrieren wollen und können. Alarmierend ist die Frage, ob sie ausreichende berufliche Qualifikationen besitzen bzw. kurz- und mittelfristig erreichen können, um Arbeit zu finden. Es wurde kaum ernsthaft zur Kenntnis genommen, dass der Islam die Integration von Moslems in eine nichtmuslimische Gesellschaft nicht gestattet – oder nur gestattet, um schrittweise die zu erobernde Kultur zu majorisieren. Europa meint, was vor langer Zeit dem damals christianisierten Ägypten passierte, sei nur Geschichte.

Jedenfalls: Viele Asylverfahren waren auch 2019 nicht abgeschlossen und einige 100 000 abgelehnte Asylbewerber befinden sich immer noch in Deutschland, weil sie einen Duldungsbescheid erhalten haben. Insgesamt verloren viele Bürger durch die Haltung der Bundesregierung in der Flüchtlingskrise das Grundvertrauen in Regierung bzw. etablierte Parteien sowie auch in die tendenziös handelnden Medien, insbesondere Presse, Funk und Fernsehen. Jedoch war und ist ein (vermeintlich fortschrittlicher) Teil der Bürger mit dieser Politik der angestrebten interkulturellen, multiethnischen und multireligiösen Gesellschaft voll und ganz einverstanden. Das ist vor allem bei den Wählern der Grünen der Fall, die sich seither im Aufwind befanden und denen regional und bundesweit Ergebnisse zwischen 15–20% und mehr prognostiziert wurden.

Eine offene und sachbezogene Auseinandersetzung der sog. christsozialen Regierung und aller anderen Kräfte, die diese Politik mittragen,

mit ihren Gegnern fand jedoch von Anfang an nicht statt. Viele Gegner wurden pauschal in die Nähe von „Rechtsextremismus“ und „Rassismus“ gerückt. Die AfD als einzige Partei, die diese Politik geschlossen ablehnt, erzielte bei der Bundestags-Wahl im September 2017 12,6% und wurde damit drittstärkste Partei. Zuvor hatte sie schon erhebliche Erfolge bei den Landtagswahlen der Jahre 2016 und 2017 erzielt; inzwischen ist sie seit den Landtagswahlen in Bayern und Hessen im Oktober 2018 in allen Landtagen vertreten. Von Anfang an haben alle anderen Parteien sowohl im Bundestag als auch in den Landtagen eine Koalition oder Zusammenarbeit mit der AfD abgelehnt. Sie wurde lange Zeit von den anderen Parteien und Medien als „rechtspopulistisch“ bezeichnet, seit Ende 2018 aber zunehmend als „rechtsextrem“ oder sogar als „Rassisten“ und „Nazis“. (Seit Januar 2019 wurde die AfD vom Verfassungsschutz als „Prüffall“ erklärt. Am 26. Februar 2019 untersagte das Verwaltungsgericht Köln der Behörde, dies öffentlich bekannt zu geben).

Im Dezember 2018 wurde der Migrationspakt der UN mit großer Mehrheit verabschiedet. Darin wird u. a. Migration grundsätzlich als positiv angesehen und gefordert, den Zugang von Migranten zum Sozialsystem der Einwanderungsländer zu erleichtern. Auch Sanktionen gegen illegale Zuwanderer sollen überprüft werden, ob sie „verhältnismäßig, ausgewogen und nichtdiskriminierend“ sind. Dieser Pakt hat für die Bundesrepublik keine unmittelbaren rechtlichen Konsequenzen, doch unterstellten viele, dass diese in der Zukunft ausgestaltet werden. Zudem liegt es nahe, dass die Richtlinien des Migrationspaktes von Verwaltung und Rechtsprechung für die Auslegung des geltenden Ausländer- und Asylrechts herangezogen werden und dass aufgrund dessen weiterhin Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber zusätzlich erschwert werden.

Ein weiteres bahnbrechendes innenpolitisches Ereignis war ein rascher, von der SPD angestoßener Bundestagsbeschluss von Juni 2017,

der für homosexuelle Paare nicht mehr nur das Eingehen einer eingetragenen Lebenspartnerschaft ermöglichte, sondern das Schließen einer „Ehe“. Im gleichen Jahr wurde vom Bundesverfassungsgericht die Existenz eines „dritten Geschlechts“ neben Mann und Frau anerkannt und im vergangenen Jahr wurden vom Bundestag hierauf basierende Gesetze zu dessen Gleichstellung erlassen. Schon seit einigen Jahren gibt es in fast allen Bundesländern Richtlinien für die schulische Erziehung, die auf die Akzeptanz der Homosexualität und der Lehren der Gender-Ideologie abzielen.

Diese Gender-Ideologie leugnet die Schöpfungsordnung Gottes, indem sie behauptet, es gäbe nicht nur zwei, sondern drei biologische Geschlechter sowie eine Vielzahl sozialer Geschlechter („Gender“), wobei letztere frei wählbar seien. Außerdem hält die Genderideologie praktisch sämtliche Formen der Sexualität für legitim und für frei wählbar und fordert deren rechtliche Anerkennung. Durch die Propagierung dieser Lehren im Schulunterricht wurde schon bei vielen Schülern eine Verunsicherung hinsichtlich ihrer geschlechtlichen Identität oder ihrer sexuellen Orientierung verursacht. Eine Möglichkeit, sich diesem Unterricht etwa unter Berufung auf die grundgesetzlich garantierte Gewissensfreiheit zu entziehen, ist nach der Rechtsprechung der deutschen Gerichte und des EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) nicht gegeben. Allein Norwegen sowie der Vatikan haben sich dem Genderismus versagt.

Außenpolitisch ist auch 2019 noch unklar, ob und in welcher Weise der mit der Volksabstimmung im Jahr 2016 beschlossene Austritt Großbritanniens aus der EU („Brexit“) zustande kommt. Die Vereinbarungen der britischen Regierung mit der EU werden im britischen Parlament sowohl von vielen abgelehnt, die diese Vereinbarungen für Großbritannien als nachteilig ansehen, auch von Brexit-Gegnern. Im Frühjahr 2019 wurde der britischen Regierung eine Frist zum 31.10.2019 zum Verlassen der EU eingeräumt. Es blieb offen, ob es tatsächlich zu einem

Brexit – sei es mit oder ohne Vertrag zwischen Großbritannien und der EU – kommen wird oder ob ein neues Referendum stattfinden wird.

Aus den Wahlen zum EU-Parlament am 26.05.2019 gingen veränderte Mehrheiten hervor, mit Verlusten der Christdemokraten (EVP), der Sozialdemokraten und Sozialisten und Gewinnen der Grünen und Populisten. Die frühere Mehrheit von EVP und Sozialdemokraten ging verloren:

Zusammensetzung nach Fraktionen (Gewinne/Verluste im Vergleich zum scheidenden Parlament)				
	EVP	Christdemokraten, Konservative	182	-34
	S&D	Sozialdemokraten	154	-30
	Renew	Liberales, Zentristen	108	+39
	Grüne/EFA	Grüne, Regionalisten	75	+23
	ID	Nationalisten, Rechtspopulisten	73	+37
	EKR	Konservative, EU-Skeptiker	62	-13
	GUE/NGL	Linke, Linkssozialisten	41	-11
	<i>Fraktionslose</i>		56	+36

Quelle: Europäisches Parlament

Geistliche Erschütterungen

In Europa sind nicht nur die Staaten und Gesellschaften von wechselnden Richtungen betroffen, sondern auch die christlichen Kirchen bis in die gläubige Kerngemeinde Jesu hinein. Letzteres ist von großer Bedeutung für die geistliche und biblische Beurteilung der politischen Situation bzw. der Zeit, in der wir uns befinden. Diese geistlichen Entwicklungen entsprechen zum Teil denen im politischen Bereich. An zentralen Punkten wären zu nennen:

- die Bibelkritik, die die Autorität der Bibel als auch heute noch verbindliches Wort Gottes bestreitet,
- die Billigung der praktizierten Homosexualität durch die evangelischen Kirchen, was zu Beschlüssen führt, die die kirchliche Segnung und Trauung solcher Partnerschaften ermöglichen,
- die Akzeptanz und Propagierung der Gender-Ideologie durch die evangelische Kirche,
- die Bejahung der angestrebten weltweiten politischen und religiösen Einheit durch beide Großkirchen.

Leider lässt sich der größte Teil der an den biblischen Jesus Christus gläubigen Kerngemeinde in Europa schon mit vereinnahmen. Seit einigen Jahrzehnten erscheint eine ökumenische Zusammenarbeit aller christlichen Kirchen und theologischen Richtungen immer attraktiver. Wer will sich schon von der sozialen und politischen Zielsetzung einer in Frieden, Harmonie und Toleranz zusammenlebenden Menschheitsgemeinschaft absetzen? Zugleich wird die Kerngemeinde innerlich geistlich ausgehöhlt.

- Denn die zentralen biblischen Lehren der Bekehrung und Wiedergeburt, der Buße, der Heiligung usw. werden immer mehr an

den Rand gedrängt und auch inhaltlich verkürzt.

- Selbst die Notwendigkeit des Sühnetodes Jesu wird in Zweifel gezogen.
- Auch wird den Gemeinden von ihren Leitern und Verkündigern kaum oder keine geistliche Wegweisung für die Endzeit und für den Kampf gegen Irrlehren und politische Ideologien sowie auch gegen Lauheit und Verweltlichung gegeben.

Eine solche Situation hatte es seinerzeit bei dem Vordringen der Ideologien des Nationalsozialismus und des Kommunismus im 20. Jhd. nicht gegeben; damals hatte es in der gläubigen Kerngemeinde unter den Leitern und Lehrern noch zahlreiche Mahner und Warner gegeben – auch dies ist ein klares Zeichen für den endzeitlichen Charakter der „postmodernen“ bzw. „postfaktischen“ Entwicklungen, was aber von den meisten Christen nicht erkannt wird.

Unsere Bibel lehrt, dass auch solche christlichen Denominationen, die bis dahin Gottes Wort treu waren, in der Endzeit von Jesus Christus und seinem Wort abfallen. Sie nennt die abgefallenen Denominationen in ihrer Gesamtheit „Hure Babylon“. Die gläubige Gemeinde, wenn sie standhaft auf dem schmalen Weg bleibt, ist ihrem Herrn Jesus Christus treu wie eine Braut ihrem Bräutigam. Dagegen vermischt sich die untreue und abgefallene Kirche auf dem breiten Weg mit der gottabgewandten Welt, mit anderen Religionen und mit Irrlehren (biblisch gesehen). Daher wird sie mit einer Hure verglichen.

Nicht nur Namenschristen, sondern auch glaubenswahre Christen werden sich von dieser Entwicklung mitreißen lassen (vgl. z. B. 1. Tim 4,1; 2. Tim 4,3). Diese weltläufige Glaubens- und Religionsvermischung wird den Antichristen bei seiner Machtergreifung unterstützen und die „kleine Herde“, die wahre Gemeinde Jesu verfolgen oder deren Verfolgung durch den Staat billigen (vgl. Offb 17,1–7, 18,24) und unterstützen. Diese geistliche Hure Babylon wird aber nicht erst dann entstehen,

wenn der Antichrist auftritt, sondern schon vorher. Sie wird jedoch in der antichristlichen Zeit in ihrem gegen Gott gerichteten scheinchristlichen Charakter voll ausreifen.

Die verbleibenden wahrhaft Gläubigen werden von Gott aufgerufen, sich äußerlich und innerlich von der Hure Babylon loszusagen (Offb 18,4). Das bedeutet, dass sie sich von Kirchen und Gemeinden trennen sollen, die geistlich zur Hure Babylon gehören. Diese Mahnung gilt ebenfalls nicht erst in der letzten Endzeit, sondern schon heute und schon seit Langem, wird aber wie viele andere biblische Mahnungen auch von Gläubigen immer weniger ernst genommen.

Entwicklungen in Deutschland und der EU

Die „Mainstream“-Entwicklung in Deutschland und der EU zeichnet sich m. E. recht deutlich ab: Eines der Hauptziele führender Kräfte innerhalb der EU und in den meisten Mitgliedsstaaten besteht in der Vereinigung sämtlicher Staaten der EU zu einem neuen Bundesstaat. Dazu gehört eine Zentralmacht mit Regierung, Parlament, Armee und Währung. Mit einer einheitlichen Außenpolitik verlieren die einzelnen Mitgliedsstaaten der EU dann ihre Souveränität. Sie erhalten einen Status von Provinzen eines zentralistischen, teils vielleicht föderalen Staates.

Bis dies geschehen ist, sollen die Rechte der Einzelstaaten vollends durch Gesetze, Richtlinien und Verordnungen der EU eingeschränkt werden. Dies ist zu einem großen Teil seit der Währungsunion geschehen. Aufgrund entsprechender Erklärungen von führenden EU-Politikern sowie anderen führenden Politikern v. a. in Deutschland und Frankreich wird man den Schluss ziehen können, dass die EU und die entsprechenden politischen Kräfte in den einzelnen EU-Staaten auch die Schaffung einer neuen interkulturellen, multiethnischen und multi-religiösen Gesellschaft anstreben.

Es sollen durch Einwanderung u. a. aus arabischen und schwarzafrikanischen Ländern neue Kulturen und Ethnien in die EU-Staaten gebracht werden. Diese sollen aber nicht in Form von Parallelkulturen nebeneinanderher existieren („multikulturelle Gesellschaft“). Durch planmäßige Austausch- und Kooperationsbeziehungen werden sie mit bestehenden europäischen Kulturen zu einer neuen einheitlichen Kultur und Gesellschaft verschmolzen („interkulturelle Gesellschaft“).

Reste einer „christlichen Leitkultur“ – einer Prägung von Gesellschaft, Kultur und Rechtsordnung durch christliche Ethik und ein christliches Welt- und Menschenbild werden als Störfaktoren seit den 1968er-Jahren zurückgedrängt. Eine interkulturelle Gesellschaft will einen neuen „fortschrittlichen“ gesellschaftlichen Konsens. Danach sollen alle

Religionen, insbesondere Christentum, Judentum und Islam, aber auch Buddhismus usw. – eine „OneWorld“-Kultur und Gesellschaft gemeinsam gestalten. Die UNO hat hier unter dem Schlagwort „Neue Weltordnung“ seit vielen Jahren Leitlinien vorgegeben, denen man in Europa bereitwillig und ohne viel Aufhebens folgt. Ein beliebter Ausgangspunkt ist, dass alle Religionen gleichwertige Wege zu Gott seien. Wer hingegen behauptet, nur seine Glaubensbasis führe zu Gott, wird als „friedensgefährdender Fundamentalist“ ausgesondert. Erst recht wer lehrt, dass allein Jesus Christus die Menschen mit Gott versöhnen könne, wird mit zunehmender Schärfe öffentlich diffamiert und geächtet. Bereits in der Nazizeit wurden Menschen mit solchem Bekenntnis strafrechtlich oder in anderer Weise massiv verfolgt.

Verbunden ist diese neue Gesellschaftsordnung mit einer neuen Ethik, die der Ethik eines angestrebten universell geltenden Weltethos entspricht. Diese „Selbstbestimmungs“-Ethik wird die Rechtsordnung eines neuen Staatsgebildes der „Vereinigten Staaten von Europa“ prägen. Sie besteht u. a. in der Anerkennung der Abtreibung, des Selbstmordes und der Tötung auf Verlangen als Menschenrechten. Auch Leihmutterchaft, künstliche Befruchtung und PID könnten zu neuen Menschenrechten werden. Gleiches gilt für die Anerkennung der „Ehe für alle“ und auch der im Islam geübten Mehr- und Vielehe.

Weiteres wichtiges Element dieser neuen Staatsideologie ist die um sich greifende Ideologie des besagten Gender-Mainstreaming, insbesondere deren Propagierung in der schulischen Erziehung, in den Kitas, in Justiz, Verwaltung und in den Universitäten. Diese Pläne sollen in sämtlichen EU-Mitgliedsstaaten durchgesetzt werden. Deutschland scheint eines der ersten größeren Länder innerhalb der EU zu sein, in denen diese Pläne bereits vor einer Schaffung der „Vereinigten Staaten von Europa“ Wirklichkeit werden. Dies liegt u. a. daran, dass in Deutschland traditionell eine starke Neigung besteht, Ideologien in radikaler Weise („mit deutscher Gründlichkeit“) umzusetzen Bei

uns ist es aufgrund der NS-Vergangenheit beliebt, rechtsnationale wie auch christlich-wertkonservative Gegner in die Nähe verwerflicher Nazis zu rücken.

Interkulturelle, multiethnische und multireligiöse Gesellschaft, Gender-Mainstreaming, „Ehe für alle“ und „Grundrecht auf Abtreibung“ sowie „Kampf gegen Nationalismus, Rassismus und Fundamentalismus“ stellen weitere tragende Elemente der Staatsideologie der EU dar. Gegner einer herrschenden Staatsideologie wurden und werden von der jeweiligen Regierung weniger als politisch Andersdenkende oder Oppositionelle angesehen. Sie gelten als Volks-, Staats- und Verfassungsfeinde und letztlich als böse und minderwertige Menschen. Das Gleiche gilt heute für die, die kein Vertrauen mehr zu den bundesdeutschen Medien haben und deren Inhalt oder Tendenz ablehnen und sich (auch) aus anderen Quellen informieren. Nun waren und sind die Methoden der Bekämpfung von sog. Staatsfeinden in Vergangenheit und Gegenwart sehr unterschiedlich. Sie reichen von Ausgrenzung, Ächtung, Diffamierung und beruflichen Nachteilen bis hin zu Ausbürgerung, Enteignung, Inhaftierung, Folter und Ermordung.

Ich gehe davon aus, dass die Bibel in Dan 7,7–8.25 die Wiederentstehung des alten Römischen Reiches voraussagt und dass es sich dabei um die EU handeln kann.² Verbunden ist dieses neue Römische Reich mit einer Ethik, die der biblischen Ethik letztendlich entgegengesetzt ist. Schon jetzt ist die Ordnung der Zehn Gebote und die biblische Schöpfungsordnung durch Gesetzlosigkeit und staatliche Anerkennung der Sünde weitgehend abgelöst. In Deutschland bezeichneten 2017 nur 41% der Befragten Jesus Christus als Sohn Gottes, welchen aber nur 33% als Schöpfer der Welt anerkennen wollten (Allensbach). Viel weniger bekennen Jesus als einzigen Heiland und Erlöser. Sie, die an ihn glauben, werden mehrheitlich abgelehnt und bekämpft.

² Nähere Begründung etwa bei H. P. Medema, *Europa – Der Alptraum von einem Supermarkt*, CLV-Verlag Bielefeld, dt. 1992, S. 66–77.

Herrscher dieses Reiches wird der Antichrist, der sich dann später zum Weltherrscher aufwirft (Dan 7,25 ab Halbsatz 2; Offb 13). Selbstverständlich ist mir bewusst, dass diese Sichtweise sehr umstritten ist und dass auch die meisten Evangelikalen die Identität der EU mit einem wiedererstehenden Römischen Reich ablehnen. Es gibt aber bibeltreue Ausleger, die es überhaupt ablehnen, in Dan 2 und 7 die Prophetie eines fortbestehenden oder wiedererstehenden Römischen Reiches zu sehen.³

Wer die EU ablehnt als ein wiedererstehendes Römisches Reich, dürfte in Gesellschaft, Kirchen und auch Freikirchen nicht nur abgelehnt und lächerlich gemacht, sondern zunehmend geächtet werden, mit der Tendenz, dass untersagt wird, dies öffentlich zu vertreten. Dennoch bin ich aufgrund der entsprechenden Bibelaussagen und dem sich immer mehr offenbarenden Charakter der EU davon überzeugt, dass es so kommt. Und ich halte dies für eine wichtige Tatsache für die Beurteilung der EU und der zukünftigen politischen Ereignisse auch in Deutschland.

Anders als in anderen EU-Staaten werden in Deutschland Meinungsäußerungen, die sich gegen Homosexualität oder Transgenderismen, gegen den Islam oder gegen Überfremdung richten, bislang im Allgemeinen noch nicht mit strafrechtlichen Mitteln verfolgt, sondern teils mit Ausgrenzung, ja Ächtung und öffentlicher Diffamierung.

Auch wer der Theorie des durch Menschen verursachten Klimawandels widerspricht, muss immer stärker mit Diffamierungen rechnen. Christen werden dabei bisweilen als „Fundamentalisten“, „Menschenfeinde“, „Befehlsempfänger Gottes“ o. ä. verunglimpft. Auf diese Weise entsteht eine Einschüchterungswirkung, durch die die freie Meinungsäußerung eingeschränkt wird, im Widerspruch zu den Prinzipien einer freiheitlichen Demokratie. Unter solchen Umständen riskieren

³ z. B. Arnold Fruchtenbaum, *Handbuch der biblischen Prophetie*, Schulte & Gerth, Aßlar, 1993, S. 38–51.

Andersdenkende zwar nicht ihr Leben und ihre Freiheit, wohl aber ihre Ehre und ihr öffentliches Ansehen, u. U. sogar ihre Berufsaussichten. In einer freiheitlichen Demokratie muss es möglich sein, eine von der herrschenden Meinung abweichende Überzeugung ohne Furcht vor Nachteilen zu äußern.

Außerdem bedeutet Kritik an Religionen, Ideologien, Verhaltensweisen und politischen Zielsetzungen noch lange keinen Hass gegen die Menschen, die das Kritisierte glauben, tun oder verwirklichen wollen. Umgekehrt bedeutet es eine Diffamierung der Kritiker, ihnen von Vornherein Hass zu unterstellen. Zudem wird dadurch eine sachliche Diskussion auf inhaltlicher Ebene unmöglich gemacht. Bemerkenswert ist, dass Inhaber der höchsten bundesdeutschen staatlichen Ämter (Bundespräsident, Bundestagspräsident, Bundeskanzlerin) und auch sonstige führende Amtsträger von Staat und Parteien solchen Diffamierungen kaum entgetreten. Erstaunlich (?) erscheint in diesem Zusammenhang, dass die Partei „Die Linke“ trotz ihrer engen ideologischen und personellen Verflechtungen mit der PDS und der SED seit einigen Jahren allgemein als „demokratische Partei“ gilt.

Konsequenzen und Perspektiven für Christen

Hier stellt sich eine praktisch entscheidende Frage: Was können, was sollen die Glieder der Gemeinde Jesu angesichts dieser Lage in Deutschland tun? Ist politisches Handeln noch sinnvoll, und wenn ja, in welcher Weise?

Denn wir sollten nicht nur diese Ausgangslage zur Kenntnis nehmen, sondern auch zu einer realistischen Einschätzung der weiteren Entwicklung gelangen. Wer das unterlässt, kommt zwangsläufig zu einer falschen Bewertung der Lage und in Folge zu unrichtigen Konsequenzen. Dies trifft etwa auf diejenigen zu, die womöglich überzeugt sind, dass die EU als künftiger Bundesstaat tatsächlich Frieden, Demokratie, Wohlstand und Freiheit garantieren könne. Und dass die Demokratie in Deutschland und den anderen EU-Staaten tatsächlich in erster Linie von Nazis, Rassisten und Rechtspopulisten bedroht sei. Solche Bürger, darunter auch zahlreiche Christen, werden eine der früher etablierten Parteien wählen. Diese sind aus biblischer Sicht eigentlich nicht wählbar, da sie sich für die EU und ihre Macht- und Staatsideologie einsetzen. Dem steht nicht entgegen, dass manche ihrer Politiker zweifellos teils gute Sachkenntnis besitzen und zur Lösung ernsthafter Probleme beitragen, etwa auf den Gebieten der Energie-, Umwelt- oder Wirtschaftspolitik.

Manche Christen und v. a. auch christliche Leiter werden solche Parteien nicht aus Überzeugung wählen und propagieren, sondern aus vermeintlicher Klugheit, um „mitbestimmen“ zu können. Dabei mag Opportunismus mitspielen, z. B. um in Staat und Gesellschaft und bei den großen Kirchen angesehen („gesellschaftlich relevant“) zu bleiben und nicht als „Fundamentalisten“ im Abseits zu stehen. Das sind menschlich wichtige Gesichtspunkte. Aber Gottes Wille und Gottes Gerechtigkeit sind auch wichtige Gesichtspunkte.

Und diejenigen Christen unterliegen einem schwerwiegenden Irrtum, die meinen, es käme in Europa noch einmal zu einer geistlichen Erweckung (so denken viele Pfingstler und Charismatiker). Andere hoffen auf eine geistig-politische Wende im Sinne einer Rückkehr weiterer Teile des Volkes und dann auch von Parteien und Regierungen zu christlich-abendländischen Normen, Grundwerten und Ordnungen, was viele konservative Katholiken oder Lutheraner annehmen. Nun ist seit fast zwei Generationen davon auszugehen, dass Staat, Gesellschaft und Rechtsordnung, aber auch die Kirchen immer weniger von biblischer Ethik bestimmt werden. Daher erlangen Christen und entsprechende Parteien, die daran festhalten, keinen Einfluss.

Momentan ist jedenfalls in Deutschland auch nicht damit zu rechnen, dass es sonstigen politischen Kräften gelingen könnte, hier eine Wende herbeizuführen. Dies hängt damit zusammen, dass die Bürger mehrheitlich – wenn auch unstet – eine der etablierten Parteien wählen werden (CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne; seit ca. fünf Jahren gilt auch „Die Linke“ als anerkannte demokratische und etablierte Partei). 2019 schwimmen zwar die Grünen auf der „Klimaschutz“-Erfolgswelle. Bei alledem lehnen viele Bürger, ja in manchen Punkten sogar die Mehrheit, zwar etliche der geschilderten Entwicklungen ab. Dies gilt z. B. für die Dieselveufelung, für die Einwanderungspolitik, den Einfluss des Islams, den Verlust staatlicher Souveränität an die EU und die hohen Ausgleichszahlungen Deutschlands an die EU bzw. an wirtschaftlich schwache EU-Staaten.

Die Abtreibungsgesetzgebung der letzten Jahrzehnte, die „Ehe für alle“ und die zunehmend verlangte Freigabe der Tötung auf Verlangen bzw. des ärztlich unterstützten Selbstmordes findet hingegen die Zustimmung einer großen Mehrheit! Hinzu kommt durch Medien und Establishment die Ausgrenzung und Diffamierung von Parteien, die in diesen Punkten eine oppositionelle Haltung einnehmen, was viele Bürger davon abhält, solchen Parteien ihre Stimme zu geben.

Mit einer grundlegenden Änderung dieser Situation wäre vielleicht zu rechnen, wenn eine so tiefgreifende Unzufriedenheit der Bürger entstände, dass diese sich trotz alledem für die Wahl einer oppositionellen Partei entscheiden. Zu denken wäre etwa an wachsenden Wohlstandsverlust, etwa durch Arbeitslosigkeit oder anderweitig verursachte starke Einkommens- oder Vermögenseinbußen. Oder wenn es zu einer völligen Zerrüttung der inneren Sicherheit durch Kriminalität oder Terror käme oder wenn ein großer Teil der Bürger seine persönliche Freiheit stark eingeschränkt sähe.

Dies alles ist jedoch trotz der unverantwortbar hohen Ausgaben der Bundesrepublik für die EU und für die leichtsinnige Aufnahme von Einwanderern sowie trotz der unbestreitbaren Zunahme der Kriminalität sowie islamisch motivierten Terrors und Extremismus nicht zu erwarten und kann selbstverständlich auch von keinem Christen oder sonstigen verantwortungsvollen Bürger gewünscht werden.

Nicht nur in Deutschland, sondern auch in den meisten anderen Staaten der EU existieren kaum Parteien mit ausgeprägt christlicher Weltanschauung (d. h. nach der Lehre der Bibel) und entsprechendem Programm und Zielsetzung. Lediglich in Osteuropa bewahren einige Parteien noch ein gewisses Maß an „christlicher Substanz“. Nennen möchte ich hier v. a. die vielgescholtenen Regierungsparteien in Polen „Recht und Gerechtigkeit“ und in Ungarn „Fidesz“, was selbstverständlich nicht bedeutet, dass auch rechtsstaatswidrige Standpunkte und Maßnahmen dieser Regierungen aus christlicher Sicht zustimmungswürdig sind. Die Hauptverantwortung an dieser gesamteuropäischen Entwicklung liegt bei der weltläufigen Abkehr der christlich-demokratischen Parteien der EU-Staaten (die im EU-Parlament in der EVP-Fraktion [Europäische Volkspartei] zusammengeschlossen sind) von früheren christlich-biblischen Grundsätzen schon seit den 1970er-Jahren. Zum Machterhalt schienen ihnen

Kompromisse bzw. Annäherungen an Positionen der Liberalen und Sozialisten v. a. auch im gesellschaftspolitischen Bereich unausweichlich.⁴

⁴ Vgl. dazu näher Vladimír Palko, *Die Löwen kommen*, fe-Medienverlag GmbH, Kisllegg, 2014, S. 232–239.

Verzicht auf politisches Engagement?

Die oben geschilderten Entwicklungen kann man – zurecht – als ein biblisch-endzeitliches Gefälle erkennen. Da erwägen manche Christen, die politisches Engagement nicht grundsätzlich ablehnen, dabei organisatorisch nichts mehr zu unternehmen, jedenfalls nicht mit politischen Mitteln, sondern ausschließlich mit Gebet. Ansonsten sehen sie die Aufgaben zu evangelisieren sowie die Gläubigen durch Wortverkündigung und Seelsorge im Glauben zu stärken und vor den Gefahren von Irrlehren bzw. politischer Verführung zu warnen.

Denn es liegt nahe, anzunehmen, dass politisches Engagement unter diesen Umständen nicht mehr dem Willen Gottes entspräche; außerdem ist für die meisten Menschen Voraussetzung für eine starke Motivation des Handelns (welcher Art auch immer) nicht allein das Bewusstsein, sich für eine gerechte Sache einzusetzen, sondern auch die Aussicht auf Erfolg. Diese Auffassung wird nicht nur damit begründet, dass Christen generell von Gott keinen Auftrag zum politischen Handeln hätten, sondern auch damit, dass die jetzt einsetzenden politischen und geistlichen Entwicklungen von Gott als Konsequenzen der Endzeit gewollt oder zugelassen seien und die Gläubigen kein Recht hätten, sich diesem Geschehen zu widersetzen, indem man sich politischen Kräften anschließt, die dieses zu verhindern suchen oder in sonstiger Weise mit politischen Mitteln gegen die endzeitlichen Entwicklungen anzukämpfen versucht, mag auch zu anderen Zeiten politisches Handeln gerechtfertigt und sinnvoll gewesen sein.

Ich will nicht bestreiten, dass an dieser Sichtweise einiges zutrifft, aber dennoch Einwendungen machen: Also es trifft zwar zu, dass sich die zuvor beschriebenen Entwicklungen durchsetzen werden und kaum mehr aufzuhalten sind, sondern in die biblisch vorausgesagte antichristliche Weltherrschaft einmünden. Es ist wichtig, dass die Gläubigen dies erkennen und nicht sich darauf versteifen, dass es noch einmal zu einer

christlichen Wende in Europa käme. Aber dennoch wissen wir nicht, wann und in welchem Umfang sich diese endzeitlichen Tendenzen durchsetzen. So gibt es nicht nur in den USA und in Osteuropa, sondern auch in mehreren Staaten West- und Mitteleuropas starken und teilweise erfolgreichen Widerstand gegen diese Entwicklungen allgemein oder wenigstens auf einigen Gebieten. Außerdem ist für die Beurteilung dieser Entwicklungen und für unser Handeln nicht nur der souveräne Wille Gottes maßgeblich, der diese endzeitlichen Entwicklungen herbeiführt oder zulässt, sondern auch der Wille Gottes, der etwa in den Zehn Geboten oder in seiner Retterliebe bzw. der Lehre Christi zum Ausdruck gekommen ist.

Aufgabe der Christen im Rahmen ihres politischen Handelns ist es somit, diesen Richtlinien zur Durchsetzung zu verhelfen (was gegenwärtig und in Zukunft jedenfalls in Deutschland und anderen Staaten allerdings nicht mehr möglich erscheint). Wir sollten den politischen Kräften entgegentreten, die Gottes Gebote und Ordnungen abschaffen und durch andere ersetzen wollen. Auch hierdurch wirken die Gläubigen als Salz und Licht in einem Kontinent, der geistlich und moralisch immer verfinsteter wird. Schließlich kann die Gemeinde Jesu die geschilderten politischen Entwicklungen nicht einfach ignorieren: Diese Kräfte nehmen Einfluss auf ihre Glieder – zum Teil in Verbindung mit und zum Teil unabhängig von den genannten geistlich-theologischen Entwicklungen. Sie wollen sie für sich gewinnen. So stellen sie eine Verführungsquelle dar, und zwingen quasi die Gemeinde Jesu durch gesetzliche (Verfolgungs-)Maßnahmen zu einer entsprechenden Reaktion.

Den Gläubigen und ihren Gemeindeleitern wird in solchen Situationen die Entscheidung nicht erspart, wie man zu reagieren hat, etwa wenn von staatlicher oder anderer Seite juristische Konsequenzen wegen bestimmter Predigtinhalte angedroht werden oder wie gläubige Eltern handeln sollen, wenn ihre Kinder gezwungen werden, am Sexualkundeunterricht mit den bekannten heutigen Inhalten teilzunehmen.

Eine andere Frage ist es, ob und inwieweit die Gemeinde Jesu darauf mit politischen Mitteln reagieren soll. Das könnte die Wahl einer Partei sein, die verspricht, diese Entwicklungen zu bekämpfen und für Rechtsstaat und Demokratie oder sogar für christliche Grundwerte einzutreten. Hier bin ich der Meinung, dass in einer Demokratie allen Bürgern, und damit auch den Christen das Wahlrecht und die Grundrechte der Meinungs- und Versammlungsfreiheit zustehen. Auch die Unterstützung von Initiativen wie den „Marsch für das Leben“ (gegen Abtreibung) oder „Demo für alle“ (gegen Gender-Ideologie) halte ich für berechtigt.

Diese werden zum Teil oder überwiegend von konservativen katholischen Kräften getragen, mit denen nicht jeder biblisch Gläubige auf geistlichem, kirchlichem oder theologischem Gebiet zusammenarbeiten kann, wohl aber auf politischem Gebiet und in ethischen Fragen. Denn da bestehen zweifellos große Übereinstimmungen und gemeinsame Zielsetzungen. Dies rechtfertigt bisweilen eine gemeinsame Zusammenarbeit im Interesse des Wohles des Landes und im Protest gegen endzeitliche Entwicklungen, soweit die Gläubigen nicht zu lehrmäßigen oder ethischen Kompromissen gezwungen werden.

Unterstützung der AfD?

Wer als Christ politisches Engagement auch unter den gegebenen Voraussetzungen und unter klarer Erkenntnis der Zukunftsperspektiven zumindest für sich selbst bejaht, könnte zu der Überzeugung gelangen, sich möglichst starken politischen Kräften anzuschließen, die gegen die zuvor geschilderten Entwicklungen kämpfen, und zwar ggf. auch solchen, die nicht auf christlicher Grundlage stehen und zwar in der Absicht, das, was geschehen wird, zwar nicht zu verhindern, aber doch zu verzögern. Hierbei würde es sich in Deutschland v. a. um die AfD handeln. Diese Partei hat das christliche Familienbild weitgehend übernommen. Sie kämpft gegen die immer größere Einwirkung der EU auf Regierung, Gesetzgebung und Rechtsprechung ihrer Mitgliedsstaaten und gegen die Umwandlung der EU in einen zentralistischen Bundesstaat. Sie kämpft gegen die unkontrollierte Einwanderung und gegen den damit zwangsläufig verbundenen zunehmenden Einfluss des Islams auf Gesellschaft und Kultur, gegen die beabsichtigte interkulturelle, multiethnische und multireligiöse Gesellschaft, ebenso gegen Gender-Mainstreaming und die beabsichtigte Freigabe der Werbung für Abtreibung und der weiteren Lockerung des § 218 StGB.

Die AfD besteht nach dem Ausscheiden der wirtschaftsliberalen Kräfte um Lucke und Henkel im Wesentlichen aus zwei Flügeln, einem gemäßigten, den man als nationalliberal bis nationalkonservativ bezeichnen kann und einen radikalen, den man als deutschnational bis nationalistisch bezeichnen kann. Viele, die dem gemäßigten Flügel zuzurechnen sind, sind pragmatisch orientiert, ohne auf eine bestimmte weltanschauliche Grundhaltung festgelegt zu sein. Darüber hinaus gibt es auch einige Christen auf der Grundlage christlicher Ethik und eines christlichen Welt- und Menschenbildes (Christen in der AfD) und einige Juden in der AfD, die ebenfalls eine parteiinterne Vereinigung bilden. Es hat sich im Lauf der vergangenen drei bis vier Jahre jedoch

herausgestellt, dass die Christen in der AfD ähnlich einflusslos sind wie die konservative WerteUnion sowie EAK (Evangelischer Arbeitskreis) oder CDL (Christdemokraten für das Leben) in der CDU (wobei sich der EAK weitgehend der herrschenden Parteilinie anpasst).

Damit ist zugleich ausgesagt, dass die von politischen Gegnern und Medien verallgemeinernde Einstufung der AfD als „Nazis“, „Antisemiten“ und „Rassisten“ oder als „Feinde der Demokratie“ unzutreffend ist. Es handelt sich dabei im Grunde genommen um Diffamierungen, wie es sie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gegenüber politischen Gegnern lange nicht gegeben hat. Aber es bleibt dabei, dass auch die AfD keine Partei auf christlicher Grundlage ist und dass es nicht allein darauf ankommt, wogegen eine Partei ist, sondern auch wofür sie ist und was sie in ihren Zielsetzungen theoretisch und praktisch anstrebt und v. a. auch, auf welchen weltanschaulichen Fundamenten sie beruht. Was dies betrifft, so ist leider festzustellen, dass der rechte Flügel der AfD nicht nur die Aufrechterhaltung der staatlichen Souveränität Deutschlands gegenüber den Bestrebungen der EU anstrebt, sondern die Wiederherstellung einer nationalstaatlichen deutschen Großmacht und dabei zugleich innen- und gesellschaftspolitisch das Deutschtum stark überbetont. Hinzu kommen immer wieder aus christlicher Sicht unannehmbare Provokationen und Entgleisungen führender Parteivertreter. In einem zentralen Anliegen von Christen in der Politik hat die AfD bei ihrem Bundesparteitag in Stuttgart 2016 mehrheitlich abgelehnt, die in den Jahren 1992 und 1995 beschlossene Abtreibungsgesetzgebung mit ihrer Fristenlösung wieder rückgängig zu machen.

Unterstützung einer christlichen Kleinpartei?

Für Christen ist es nun nicht ratsam, sich einer Partei anzuschließen, die nicht auf der Grundlage christlicher Ethik und eines christlichen Welt- und Menschenbildes steht. Denn die Christen sollen Salz und Licht der Welt sein und nicht politische und weltanschauliche Richtungen unterstützen und evtl. sogar solchen zur Macht verhelfen, die nicht auf christlicher Grundlage stehen. Es ist auch zu bedenken, in welcher Weise eine Zusammenarbeit mit der AfD für Christen überhaupt möglich wäre. Im Rahmen einer aktiven Parteimitgliedschaft würden Christen u. U. zwar wohl in Parteiämter gewählt werden, sie würden jedoch viele christliche Positionen nicht durchsetzen können und darüber hinaus in ernsthafte politische und weltanschauliche Konflikte v. a. mit Anhängern des rechten Parteiflügels geraten oder zu faulen Kompromissen genötigt, ähnlich wie dies in anderen Parteien für Christen der Fall wäre. Nicht zuletzt auch aus diesen Gründen hat etwa die ehemalige Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft „Christen in der AfD“, Annette Schultner, im Jahr 2017 ihr Amt niedergelegt.

Eine andere Frage ist es, diese Partei zu wählen oder an einzelnen Veranstaltungen teilzunehmen. Die Aussage, man könne und solle „das kleinere Übel“ wählen, hat bis zu einem gewissen Grad durchaus ihre Berechtigung, nämlich auf solchen Gebieten, bei denen es sich um Ermessensfragen handelt, wie etwa in den meisten Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik, der Umwelt- und Sozialpolitik, der Energiepolitik u. v. m. Aber in Grundsatzfragen, nämlich der gebotenen Ausrichtung des Staates an den Zehn Geboten und an den Grundsätzen der Wahrheit und Gerechtigkeit und den Konsequenzen, die sich daraus ergeben, verhält sich dies anders. Da sollen und können Christen nur eine Partei wählen, die diese biblischen Überzeugungen teilt. Auch mit der Aussage, man müsse „Schlimmeres verhindern“, lässt es sich m. E. für biblisch gläubige Christen nicht

rechtfertigen, einer anderen Partei als einer programmatisch und praktisch christlich orientierten die Stimme zu geben oder an deren Demonstrationen teilzunehmen. Diese Maßstäbe sollten bekennende Christen nach allen Seiten hin anlegen!

Parteien mit christlicher Zielsetzung sind in Deutschland nun schon seit vielen Jahren sog. Splitterparteien, wie etwa die PBC (Partei bibeltreuer Christen), AUF (Arbeit, Umwelt, Fortschritt) oder die CM (Christliche Mitte). Auch in den meisten anderen EU-Staaten haben christlich-wertkonservative Kräfte in den jeweiligen christdemokratischen Parteien praktisch keinen Einfluss mehr.⁵

Seit einigen Jahren gibt es in Deutschland die Partei „Bündnis C – Christen für Deutschland“. Sie entstand aus PBC und AUF auf der Grundlage eines christlichen Menschenbildes und christlicher Ethik. Sie setzt sich für den Schutz des ungeborenen Lebens und für den Schutz von Ehe und Familie ein und vertritt christlich begründete Positionen zwischen Globalismus und Nationalismus. Bei der Europawahl 2019 erhielt sie nur gut 66000 Stimmen und verlor ihren einzigen Sitz im EU-Parlament.

Mir ist durchaus bewusst, dass unter den gegebenen Umständen eine Stimmabgabe für eine christliche Partei politisch rein symbolische Bedeutung hat. Aber ich denke, dass dieses Symbol darin besteht, einerseits nicht auf das Bürgerrecht der Wahlbeteiligung zu verzichten und andererseits als Christ nicht eine nichtchristliche Partei, sei es links oder rechts, wählen zu wollen. Ein solches Symbol halte ich im Hinblick auf Jeremia 29,7 durchaus für ein achtbares christliches Zeugnis. Der Erfolg darf ohnehin niemals oberster Maßstab des Handelns für Christen sein, sondern die Treue gegenüber Gott. Ernst Ludwig von Gerlach, ein preußisch-deutscher christlicher Politiker des 19. Jahrhunderts, hatte den Leitsatz „Es ist besser,

⁵ Inzwischen noch nicht einmal mehr in der polnischen ursprünglich christlich-demokratischen Partei „Bürgerplattform“.

mit einer guten Sache unterzugehen als mit einer schlechten Erfolg zu haben“.⁶

Inwieweit darüber hinaus eine Mitgliedschaft oder Mitarbeit bei Bündnis C sinnvoll ist, möge jeder Christ in der Verantwortung vor Gott prüfen. Äußerer Erfolg sowie gesellschaftliches Ansehen ist dabei weder für diese Partei noch für die einzelnen Mitglieder und Mitarbeiter kaum zu erwarten. Belächeln bzw. Spott und Ausgrenzung bzw. Diffamierung folgen, falls es dazu kommen sollte, dass die Partei aufgrund ihrer Wahlergebnisse oder ihres Bekanntheitsgrades von ihren Gegnern überhaupt wahrgenommen wird. Jedenfalls ist es ein positives Glaubensbekenntnis, dass in Deutschland überhaupt eine Partei existiert, deren Ethik, Staatsverständnis, Welt- und Menschenbild auf christlichen Grundlagen beruht.

6 Thomas Zimmermanns, *Ernst Ludwig von Gerlach: Politiker und Richter nach dem Gesetz Gottes*, MBS Texte 90, 2007, S. 12 (Fn 26).

Festhalten an Jesus Christus, an Gottes Wort!

Jedem sei überlassen, ob und inwieweit sich der einzelne Christ zu einer politischen Betätigung in dieser Zeit von Gott geführt sieht und sich dementsprechend entscheidet. So oder so bleibt das Festhalten der Gemeinde Jesu und jedes einzelnen Gläubigen an ihrem Herrn Jesus Christus als dem lebendigen Wort Gottes von heilsentscheidender Bedeutung. Dies setzt als Erstes voraus, dass die Gemeinde Jesu dieses Wort gut kennt, und zwar in seiner gesamten Lehre und nicht nur in einzelnen Bibelstellen oder in Teilbereichen.

Leider fehlt es hieran oftmals, weil viele biblische Wahrheiten in den Gemeinden verschwiegen, umgedeutet oder an den Rand der Verkündigung gedrängt werden. Das betrifft nicht nur die Notwendigkeit der geistlichen Umkehr und Wiedergeburt als Voraussetzung der Errettung. Viele wissen nicht, was Bekehrung und Wiedergeburt nach den Aussagen der Bibel bedeuten. Zudem fehlt oftmals vieles von dem, was die Bibel über Kreuz, Heil, Nachfolge, Heiligung und Selbstverleugnung lehrt. Der oberste Wille Gottes, IHN und nicht die Welt zu lieben (1. Joh 2,15–17) und sich im Denken und Handeln nicht dem Zeitgeist anzupassen (Röm 12,2), wird allzu oft vernachlässigt. Was dies bedeutet, wird in der Wortverkündigung nicht oder kaum mehr entfaltet. Nicht zuletzt wird oftmals ein politisches oder geistlich verkürztes Welt- und Menschenbild vermittelt, das nicht dem der Bibel entspricht. (Im Grundgesetz steht z. B. die unantastbare Menschenwürde, in der Bibel dagegen Wille und Wesen Gottes im Mittelpunkt!)

Vieles führt immer mehr zur Verweltlichung und Lauheit der Gemeinden. Etliche öffnen sich immer mehr gegenüber politischen Utopien wie der Schaffung einer politischen und religiösen Weltgemeinschaft. Gegenüber der weithin propagierten Ökumene kommt es entscheidend darauf an, was die Bibel unter der gebotenen Einheit der Christen versteht und was nicht. Vom Wesen, von den Eigenschaften Gottes wird

nur zu gerne eine menschengenehme Liebe und Barmherzigkeit betont, seine unbedingte Heiligkeit und Gerechtigkeit, Gott als Richter im Weltgericht tritt demgegenüber fast überall in den Hintergrund. Auch die Gabe der Geisterunterscheidung wird oft ganz vernachlässigt oder falsch angewandt. Das hat oftmals zur Folge, dass Warnungen vor luftigem Schwarmgeist ignoriert werden und dieser als vermeintlicher Heiliger Geist in die Gemeinden eindringt. Gleiches gilt für synkretistische, mystische und esoterische Einflüsse.

Auf politischem Gebiet sollten Kinder Gottes sich nicht durch Schlagwörter wie „Demokratie“, „Frieden“, „Weltfrieden“, „Humanität“, „Toleranz“, „Vielfalt“ usw. einerseits und „Nationalismus“, „Rassismus“, „Menschenfeindlichkeit“ usw. andererseits täuschen lassen. Wir müssen unbedingt hinterfragen, was damit gemeint ist. Eine solche Prüfung wird dann zumeist zu dem Ergebnis führen, dass es sich hier um zeitgerechte Deutungen dieser Begriffe handelt, die im Dienst von Bestrebungen auf dem Weg zur Schaffung der endzeitlichen und letztlich antichristlichen politischen und religiösen Welteinheit stehen.

Jeder wahre Christ sollte durch Gottes Wort wissen, dass aufgrund der sündhaften Natur aller Menschen ein gerechter und dauerhafter Weltfriede nicht möglich ist. Auch ist eine politische Welteinheit schon deshalb nicht wünschenswert, weil sie zur Weltherrschaft eines Einzigen führen würde, des „Fürsten dieser Welt“, der seine totalitäre Welt-diktatur errichten wird.

An einer religiösen Welteinheit wiederum können sich christusorientierte Gläubige deshalb nicht beteiligen, weil Jesus Christus der einzige Weg zu Gott und in das Himmelreich ist. Christen können andere Religionen respektieren, nicht aber als Wege zu Gott anerkennen und insoweit auch nicht mit diesen zusammenarbeiten geschweige denn sich vereinnahmen lassen bzw. vereinigen. Auch unter dem Druck von Zwang und Verfolgung dürfen Christen das nicht tun, weil sie ansonsten ihren Herrn Jesus Christus verleugnen.

Von solchen politischen und religiösen Bestrebungen müssen sich Christen dementsprechend distanzieren und vor ihnen warnen. Eine solche Haltung gegenüber UNO, EU und Ökumene wird sowohl die einzelnen Gläubigen als auch ihre Gemeinden zwangsläufig in Isolation führen. Doch das werden sie um der Liebe und Treue zu ihrem Herrn Jesus Christus als Teil des ihnen verordneten Kreuzes hinnehmen müssen. Nicht umsonst mahnt uns Gott in Jakobus 4,4: „Ihr Ehebrecher und Ehebrecherinnen, wisst ihr nicht, dass die Freundschaft mit der Welt Feindschaft gegen Gott ist! Wer also ein Freund der Welt sein will, der macht sich zum Feind Gottes!“

Aber dennoch darf die Gemeinde Jesu nicht aufhören, für die Regierung zu beten (1. Tim 2,2). Das sagte Paulus zu einer Zeit, in der Kaiser Nero das Römische Reich regierte! Ziel des Gebetes ist es, dass Menschen zur Erkenntnis der Wahrheit in Christus kommen, dass die Regierung der Gemeinde Jesu die nötige Freiheit zur Verkündigung des Wortes Gottes und zur Evangelisation gibt und darüber hinaus auch, dass sie sich in ihrer Amtsführung von den Geboten und Ordnungen Gottes leiten lässt. Und wer sich gerufen sieht, stelle sich wie Daniel mit unter die Sünden unseres Volkes...

Mag es auch äußerst unwahrscheinlich erscheinen, dass die Regierung gewillt ist, im Sinne dieser Gebete zu handeln – auch Kaiser Nero wurde im Lauf seiner Regierungszeit zu einem immer schlimmeren Tyrannen und Christenverfolger! – so bleibt es dennoch dabei, dass Gott das Gebet für die Obrigkeit stets geboten hat. Und nicht nur vor Anpassung und Resignation muss sich die Gemeinde Jesu in Acht nehmen, sondern auch vor Hass und Verbitterung, die auch darauf abzielen kann, den Feinden Böses oder Gottes Strafe zu wünschen.

Zusammenfassung und Ausblick

Als Ergebnis der Prüfung der aktuellen politischen Lage in Deutschland und der zu erwartenden künftigen Entwicklungen stellen wir fest: Es handelt sich um unaufhaltsame endzeitliche Entwicklungen. Wir wissen allerdings nicht mit Sicherheit, wann und in welcher Weise die einzelnen von der Bibel vorausgesagten Ereignisse eintreten. Dennoch müssen und sollten Christen gerade in dieser Situation nicht auf die Ausübung ihrer Bürgerrechte wie z. B. das Wahlrecht verzichten. Jedoch sollten sie eine solche Partei wählen, die nach Programm und Zielsetzung auf christlicher Grundlage steht.

Ein politisches Engagement in größerem Umfang ist wohl für Glieder der Gemeinde Jesu nicht ohne Weiteres möglich und sinnvoll, abgesehen von Einzelnen, die einen entsprechenden Auftrag von Gott bekommen haben. Unabhängig davon müssen Gläubige in der Verführungs- und Verfolgungssituation der Endzeit und der antichristlichen Zeit in allen Dingen an Jesus Christus und seinem Wort festhalten. Dies gilt für das Privatleben wie in der Gemeinde. Bei der Beurteilung des politischen Geschehens und gegenüber den Forderungen, Geboten und Verboten von Staat und Gesellschaft sollten wir bereit sein, auch Isolation, Diffamierung und sogar Verfolgung auf uns zu nehmen.

Und wir sind noch nicht am Ende der Endzeit angelangt. Solange wir in dieser Welt leben, verlangt Gott von uns die Treue zu ihm in allen Bereichen unseres Lebens. Aber er hat zugesagt, dass er uns auch die nötige Kraft dazu geben wird und dass er niemandem mehr auferlegen wird, als er tragen kann.

Zuletzt aber wird Gott einen neuen Himmel und eine neue Erde schaffen, in denen Gerechtigkeit wohnt (2. Petr 3,13; Offb 21,1–3).

Nachwort des Herausgebers

Wir vermissen, dass maßgebliche Parteien ihre Grundwerte und Ziele in allen Grundsatzfragen auf die Durchsetzung der Gebote und Ordnungen Gottes richten, die nach Gottes Willen für Staat und Regierung, Gesetzgebung und Rechtsprechung gelten sollen. Voraussetzung ist, dass eine solche Partei dies nicht nur in ihrem Programm niederschreibt, sondern auch ernsthaft zu verwirklichen sucht. Gäbe es mehr „Christen in der Politik“, so könnten diese persönlich auf die Durchsetzung aller möglicher politischer Grundwerte und ggf. sogar gegensätzlicher Ziele hinwirken.

Christen werden auf verschiedene Art und Weise geführt. Die einen so, dass sie ihre geistliche Energie nicht darauf verwenden, die im Vergehen begriffene Welt zu erhalten und in politischen Fragestellungen unserer Zeit praktisch mitzuwirken. Andere sind geführt, ihre Stimme und ihr Zeugnis für die in Staat und Politik maßgeblichen Gebote und Ordnungen Gottes einzubringen und Ideologien, die im Widerspruch dazu stehen, entgegenzutreten.

Christen sind sich bewusst, dass Gott alles nach dem Ratschluss seines Willens wirkt (Epheser 1) und alles, was da kommt, nach dem prophetischen Wort so geschieht. Auch wenn sie wissen, dass ihr Zeugnis in der letzten Zeit keine Änderungen im großen Stil bewirken wird, sind sie es der Welt schuldig. Und selbst wenn es, wie Jesaja bei seiner Berufung gesagt bekam (Jesaja 6), eine größere Verstockung bewirkt.

Zum Schutz vor einer falschen Globalisierung hat Gott Nationen werden lassen. Jede Art von Völkervermischung, Globalisierung und Aufhebung nationaler Eigenarten außerhalb von Christus ist nach 1. Mose 11 babylonisch und antichristlich (anti = auch „an Stelle von“), weil es

außerhalb von Christus etwas schaffen will, das es nur in Jesus Christus gibt. In ihm allein sind nach Galater 3,28 nationale Grenzen, Herrschaftsverhältnisse und Geschlechtergrenzen aufgehoben.

Der 1913 in Bethel heimgegangene Erweckungsprediger Elias Schrenk schrieb u. a.:

„Leute, die viel schaffen und wenig beten, fürchtet der Teufel nicht. Das ist der Grund, weshalb bei so viel christlicher Arbeit so wenig herauskommt.“

„Die Sucht, möglichst viel zu gewinnen, ist mitten unter der sog. Christenheit gewaltig geworden, sodass weder die Anstrengung des Einzelnen noch die Stimme der Kirche ausreicht zum Schutz der Schwachen, der Staat muss eingreifen. Wird der Staat Meister werden? Nein! Warum? Er kann die Gesinnung der Menschen nicht ändern; nur das lautere Evangelium von Jesus Christus, Gottes Sohn, dem gekreuzigten und auferstandenen Heiland, kann es tun. Wenn es nicht mehr in die Familien und die Schulen hineinkommt, nimmt der irdische Sinne, die Selbstsucht überhand.“⁷

„Wo sind die Durstigen, die vor Gott liegen und anhaltend bitten um sein Eingreifen? Unser Gott will Leute haben, die in den Riss treten, wie Mose, wie Samuel, wie Elia einst in den Riss traten, damit Zeiten der Erquickung kommen!“

7 Elias Schrenk, *Suchet in der Schrift: Andachten für jeden Tag*, Missionsverlag Bielefeld, 2016

Heftreihe

Biblisch lehren · glauben · leben

- Heft 1: Georg Löb, „Eine Verheißung für das Alter“
(Großdruck, 48 Seiten)
- Heft 2: Georg Löb, „Getröstet im Leid“
(Großdruck, 64 Seiten)
- Heft 3: Richard Becker und Lienhard Pflaum,
„Der rettende Glaube“ (Großdruck, 48 Seiten)
- Heft 4: Georg Löb, „Das „Dennoch“ des Glaubens“
(Großdruck, 48 Seiten)
- Heft 5: Lienhard Pflaum, „Einer ist euer Meister“
(Großdruck, 48 Seiten)
- Heft 6: Joachim Ulmer,
„Beerdigung oder Kremation“ (12 Seiten)
- Heft 7: Thomas Zimmermanns,
„Christ und Politik“ (40 Seiten)

Bestellung bei:

Pfr. Willi Baumgärtner
Maulbronner Straße 19
76646 Bruchsal-Helmsheim
Telefon: 0 72 51/4 40 57 12
E-Mail: wb251256@web.de

oder:

Ortwin Blum
Hauffstraße 4
75391 Gechingen
Telefon: 0 70 56/9 20 90
Fax: 0 32 22/4 35 70 08

